Nummer 71

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonnabend, 11. Februar 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sports: Gerhart Reniner. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Gel. m. b. H. Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche sechsmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Englischer Angriff gegen das Mandatssystem.

Von

Gouverneur z. D. Dr. Heinrich Schnee, M. d. R.

In der vorgestrigen Sitzung des englischen Oberhauses wurde die neuliche Behandlung der Kolonialfrage im Reichstag zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Lord Parmoor stellte unter Bezugnahme auf die Antwort, welche der Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf meine Ausführungen über britische Annektionsbestrebungen in Ostafrika gegeben hatte, die Anfrage, ob die Regierung in Tanganyika (dem unter englische Mandatsverwaltung gestellten Hauptteil von Deutsch-Ostafrika) eine Politik politischer Angliederung verfolge und wie die Haltung der Regierung zur gegenwärtigen Zeit sei. Der Vertreter der Regierung, Lord Cushendun, erwiderte darauf, daß eine Kommission nach Ostafrika gegangen sei, um die gesamte Frage zu prüfen. Er sei nicht in der Lage, zu sagen, was die Kommission anempfehlen werde. Aber es sei vollkommen klar, daß, wenn Sir Hilton Young's Kommission anempfehle, daß die Föderation der ostafrikanischen Gebiete dieses besondere Mandatsgebiet einschließe, nichts Ungebührliches darin liegen würde, diese Anempfehlung anzunehmen.

Ich muß gestehen, daß mir das Gegenteil vollkommen klar zu sein scheint. Deutsch-Ostafrika gehört zu den sogenannten B-Mandaten, von denen in der Völkerbundssatzung — in dem deutschen und französischen Text — gesagt ist: „Der Grad der Entwicklung, in dem sich andere Völker, insbesondere die mittelafrikanischen, befinden, erfordert, daß der Mandator dort die Verwaltung des Gebiets übernimmt" unter gewissen, näher umschriebenen Bedingungen, die sich auf den Schutz der Eingeborenen und auf die Sicherung der gleichen Betätigungsmöglichkeiten für den Güteraustausch und Handel der anderen Bundesmitglieder beziehen. Der englische Text über die B-Mandate lautet etwas anders, indem darin (in deutscher Uebersetzung) gesagt ist, „daß der Mandatar verantwortlich für die Verwaltung des Gebietes sein muß". Die Mandatverwaltung ist im übrigen in der Völkerbundssatzung als Vormundschaft über die Eingeborenenvölker festgelegt worden, deren Wohlergehen und Entwicklung als eine heilige Aufgabe der Zivilisation bezeichnet ist. Die betreffenden Nationen hätten die „Vormundschaft als Mandatare des Bundes und in seinem Namen zu führen".

In der Völkerbundsatzung findet sich kein Wort, welches die Vereinigung eines der B-Mandate mit einer im Besitz der Mandatarmacht befindlichen Kolonie ermöglichte. Die B-Mandate dürfen auch nicht wie eine andere Kategorie der Mandate, die C-Mandate, zu denen Südwestafrika und gewisse Südseegebiete gehören, als integrierender Bestandteil des Gebietes des Mandatars verwaltet werden. Der letztere soll vielmehr nach den unzweideutigen Bestimmungen der Völkerbundsatzung lediglich die Mandatverwaltung über das betreffende Gebiet in der oben umschriebenen Weise führen.

Die englische Regierung beruft sich bei ihren evtl. Föderationsplänen darauf, daß ihr im Artikel 10 des vom Völkerbund genehmigten Mandats über Deutsch-Ostafrika die Befugnis zugeteilt sei, das Gebiet in eine Zoll-, fiskalische und Verwaltungs-Union oder Föderation mit den anliegenden britischen Gebieten einzubeziehen. Es ist richtig, daß das Mandat für Tanganyika eine solche Bestimmung enthält, aber sie widerspricht den klaren Bestimmungen der Völkerbundsatzung. Jenes Mandat ist am 20. Juli 1922 in London festgesetzt und dann vom Völkerbundsrat genehmigt worden, in den dunklen Zeiten, in denen der Völkerbund lediglich als Werkzeug der Siegernationen diente. Die Aufnahme des Artikels 10 war nichts weiter als eine Schiebung, um England nachträglich unter der Hand doch noch die Vorbedingungen für eine dauernde Annektion Deutsch-Ostafrikas zu verschaffen, welche es bei den Friedensverhandlungen selbst nicht hatte durchsetzen können.

Es ist aus den von Baker in seinem Wilsonbuch veröffentlichten Geheimprotokollen bekannt geworden, daß bei den Verhandlungen in Paris über die Deutschland aufzuerlegenden Friedensbedingungen die Vertreter Englands und der englischen Dominions die von ihren Truppen besetzten deutschen Kolonien annektieren wollten und daß dies am Widerspruch des Präsidenten Wilson scheiterte, welcher sich gegen die Aneignung der „Kriegsbeute" durch die Alliierten wehrte. Wilson setzte die Anwendung des Mandatssystems auf die deutschen Kolonien durch. Damit wurde an Stelle der Aneignung des Besitzes durch Annektion die Verwaltung zu treuen Händen gesetzt. Es heißt darüber in der Note der amerikanischen Regierung an die englische Regierung vom 20. November 1920, welche noch zu der Zeit der Präsidentschaft Wilsons erging, „daß auch die leiseste Abweichung von dem Geist und der ausschließlichen Absicht einer denkbar strikteten Treuhänderschaft (trusteeship) über die deutschen Kolonien eine falsche Auffassung, um nicht zu sagen ein Mißbrauch der durch den Sieg der Alliierten erworbenen vorübergehenden Herrschaft über jene Gebiete sein würde."

Bei der von der Britischen Kommission in Ostafrika gegenwärtig geprüften Frage der Zusammenschließung des Tanganyikagebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien handelt es sich nun, wie insbesondere die aus Ostafrika selbst herübertönenden Stimmen erkennen lassen, keineswegs um eine Zoll-, fiskalische und Verwaltungs-Föderation, sondern um die politische Zusammenschweißung zum Zwecke der dauernden Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das Britische Reich. Der Gouverneur der an Deutsch-Ostafrika angrenzenden britischen Kolonie Kenya, Sir Edward Grigg, führte in einer Rede im Gesetzgebenden Rat in Nairobi am 30. August 1927 aus, daß die Möglichkeit der Union Tanganyikas unter schweren Opfern erkauft sei. Diese würden vergeblich gebracht sein, wenn man jetzt, da alle Verbindungsglieder in englischer Hand seien, sie nicht in eine Kette von dauernder Stärke und dauerndem Wert zusammenschmieden würde.

Der bekannte Lord Delamere erklärte im Sommer 1927 auf einer Farmerversammlung in Nairobi: die Zukunft von Tanganyika könne nur für das Britische Reich fest und sicher gemacht werden, wenn es durch unlösbare Föderationsbande mit den ihm benachbarten britischen Staaten

Die vorliegende Ausgabe enthält die
Reise- und Bäder-Beilage
der
Berliner Börsen-Zeitung.
(Nr. 7)

Vertagung der Krise.

Programmgemäß ist der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien gestern nachmittag im Reichstage zu einer Sitzung zusammengetreten, die etwa zwei Stunden andauerte. Die Reichsregierung war durch Vizekanzler Hergt, Reichsinnenminister von Keudell und Staatssekretär Pünder vertreten. Von Seiten der Regierungsparteien nahmen die Fraktionsführer sowie die Schulgesetzreferenten der Fraktionen teil. Der Reichsinnenminister unterbreitete neue Vorschläge zur Besprechung. In erster Linie handelt es sich um den Versuch einer Verständigung dahingehend, daß in den Simultanschulländern private konfessionelle Schulen mit staatlicher Hilfe errichtet werden sollen. Es ist sehr ungewiß, ob dieser Vorschlag geeignet ist, den Zwiespalt in der Schulfrage zu überbrücken. Jedenfalls ist die Entscheidung vertagt und die Parteien werden Gelegenheit haben, die Anregungen durchzuberaten. Zentrum und Deutschnationale verlangen jedoch, daß vor der kurzen Reichstagspause, die Ende nächster Woche eintritt, unbedingt Klarheit geschaffen ist, ob ein Schulkompromiß möglich ist oder nicht. In parlamentarischen Kreisen hält man, wie gesagt, das Zustandekommen des Kompromisses für sehr unwahrscheinlich.

Der Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler wurde gestern im Reichstage lebhaft erörtert. Man zweifelt im allgemeinen nicht daran, daß der Brief die Wirkung haben wird, die der Reichspräsident beabsichtigte. Von Seiten der Deutschen Volkspartei wurde z. B. gestern bekannt, daß die Fraktion für Aufrechterhaltung der Koalition ist, auch wenn das Schulgesetz scheitert. Auch in den anderen Parteien der Regierungskoalition wird der Wunsch des Reichspräsidenten nicht übergangen werden können. Im Zentrum wird die Frage aufgeworfen, ob das Eingreifen des Reichspräsidenten in die Politik, so wie es jetzt geschehen ist, opportun sei. Wir bejahen diese Frage und begrüßen es nachdrücklich, daß Hindenburg, wie schon einmal, mit fester Hand und, wie der Brief zeigt, von dem Willen beseelt, „schwere Schädigungen vaterländischer Interessen und des ganzen deutschen Volkes" zu verhindern, eingegriffen hat. In der Tat hätte ein Wahlkampf, der jetzt, ohne daß der Reichstag die dringlichsten Aufgaben erledigt hätte, ausgebrochen wäre, ohne Zweifel den Charakter chaotischer Wildheit angenommen, und hätte bei dem unfertigen Zustande, in dem der plötzlich gesprengte Reichstag die Staatsverwaltung gelassen hätte, zu schweren Erschütterungen führen können. Dieser Zustand wird vermieden, wenn, entsprechend dem Wunsche des Reichspräsidenten, der Reichstag, evtl. auch ohne das Schulgesetz, den Etat und die anderen notwendigen Aufgaben erledigt.

Der Brief des Reichspräsidenten

an den Reichskanzler Dr. Marx hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Nachrichten über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichskanzler, zu bitten, nichts unversucht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrise und ihre politischen Folgen zu vermeiden.

Der Reichstag hat zur Zeit dringende und bedeutsame Aufgaben zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und dem Liquidationsschädengesetz sind die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Hilfsmaßnahmen zu beschließen, und es harrt auch die Strafrechtsreform ihrer Verabschiedung. Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schädigung vaterländischer Interessen und des ganzen deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unlösbare Regierungskrisis und eine Auflösung des Reichstags notwendig würde. Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien diese meine Besorgnis mitzuteilen, und appelliere an alle beteiligten Herren und Fraktionen, dahin zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parlamentarischen Aufgaben gelöst und etwaige unlösbare Differenzen in der Schulfrage bis nach Erledigung dieser Arbeiten vertagt werden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Wertschätzung bin ich

Ihr sehr ergebener
gez. von Hindenburg."

Radio-Telefon Berlin—Washington.

Gestern nachmittag eröffnet.

Der drahtlose Fernsprecherverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika wurde gestern nachmittag durch drei offizielle Gespräche, nämlich des Reichskanzlers Dr. Marx mit dem Stellvertretenden Staatssekretär Olds, ferner des amerikanischen Botschafters Dr. Schurman mit Herrn Olds und des Reichspostministers Dr. Schätzel mit dem deutschen Botschafter von Prittwitz und Gaffron eröffnet.

Die

Ansprache des Reichskanzlers

lautete:

„Herr Unterstaatssekretär! Es ist mir eine besondere Freude, Sie auf diesem außergewöhnlichen Wege mündlich begrüßen zu können.

Ein historischer Augenblick ist es, in dem die ersten Telephongespräche zwischen Berlin und Washington ausgetauscht werden, gerade als ob es Nachbarstädte auf dem gleichen Kontinent wären! Sie, Herr Staatssekretär, werden ebenso wie ich das Gefühl haben, daß der Atlantische Ozean immer mehr aufhört, ein Verkehrshindernis zu sein, wenn es dank der Fortschritte der Radiotechnik möglich geworden ist, das gesprochene Wort von einem Lande zum andern durch den Aether zu senden.

Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß auch diese neue Verkehrseinrichtung dazu beitragen möchte, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten weiter zu vertiefen und den wechselseitigen Austausch von geistigen und materiellen Gütern zu fördern!"

Unterstaatssekretär Olds

erwiderte in englischer Sprache:

„Mit aufrichtigem Vergnügen habe ich Ihre Worte der Begrüßung über dieses neue Verkehrsmittel zwischen unseren beiden Ländern vernommen, dessen Existenz, wie ich sicher bin, die herzlichen Beziehungen und das freundschaftliche Verständnis zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke fördern wird.

Ich weiß, daß Herr Staatssekretär Kellogg es sehr bedauert, daß seine Abwesenheit von Washington es ihm nicht gestattet, persönliche Grüße mit Euerer Exzellenz auszutauschen. Aber an seiner Stelle möchte ich diese Gelegenheit wahrnehmen, nicht nur meiner Genugtuung über die Einrichtung des Radio-Telephondienstes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland Ausdruck zu geben, sondern Ihnen persönlich mitzuteilen, mit wie großem Vergnügen wir Herrn von Prittwitz als deutschen Botschafter empfangen haben. Ich hoffe, daß sein Aufenthalt in Washington ein angenehmer sein wird."

Die

Ansprache des Reichspostministers an den Botschafter von Prittwitz

lautete:

„Herr Botschafter! Ich freue mich sehr, Ihnen, dem Vertreter des Deutschen Reiches in den Vereinigten Staaten, persönlich mitteilen zu können, daß heute der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf dem Wege über die drahtlose Fernsprecherbindung England—Amerika aufgenommen worden ist. Ich hoffe, daß dieses neue Verkehrsmittel rege Benutzung finden und zur Vertiefung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke beitragen wird. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit auch die Grüße des Reichskabinetts und seine besten Wünsche für eine erfolgreiche Tätigkeit in Ihrem neuen Wirkungskreise aussprechen. Zum Schluß bitte ich, auch Ihren Mitarbeitern Grüße aus dem Vaterland zu übermitteln."

Unterstaatssekretär Olds sprach sich nach Beendigung der Gespräche sehr befriedigt über die wundervoll klare Verständlichkeit aus, die trotz der ungeheuren Entfernung erreicht worden ist.

*

Zum ersten Mal in den Dienst des Geschäftsverkehrs genommen wurde gestern die neue Telephonverbindung Berlin-New-York durch das Bankhaus J. Dreyfus & Co. in Berlin durch ein Gespräch mit dem Bankhaus Strupp & Co. in New-York.